

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Ettlinger Zeitung. 1949-1973 1953**

8 (31.12.1953)



# Der Lauererturm

Beiträge zur Heimatgeschichte und Volkskunde

\*

Herausgegeben vom Albgau-Museum  
und der Ortsgruppe Ettlingen des Landesvereins Badische Heimat

4. Jahrgang

Beilage zur „Ettlinger Zeitung“

Nr. 8/1953

## Wann wurde Ettlingen zur Stadt erhoben?

Von Rüdiger Stenzel

Wie für viele deutsche Städte, so ist auch für Ettlingen der Zeitpunkt der Verleihung des Stadtrechts nicht überliefert. Erst aus dem späteren Mittelalter liegen Stadtrechtsaufzeichnungen vor<sup>1)</sup>. Die Auffassung von Benedikt Schwarz, daß die Erhebung zur Stadt ungefähr gleichzeitig mit der Ausstellung der Marktrechtsurkunde an den Abt von Weißenburg als Ettlinger Ortsherrn aus der Hand Ottos des Großen, also im 10. Jahrhundert, erfolgt sein müsse, wird durch die Bezeichnung Ettlingens als Dorf in späteren Quellen widerlegt<sup>2)</sup>. Vor der Stauferzeit (1138—1268) war im rechtsrheinischen Deutschland die Zahl der Städte überhaupt gering<sup>3)</sup>. Die staufisken Kaiser brachten dann das Städtewesen zusammen mit anderen Dynastengeschlechtern ihrer Zeit zur Blüte. Auch Ettlingens Erhebung zur Stadt wird deshalb jetzt allgemein in diesem Zeitraum gesucht.

Solche Überlegungen waren wohl auch bei der Festlegung des 700jährigen Stadtjubiläums im Jahre 1927 maßgeblich. Sehr richtig versuchte man die Geschichte der Stadt mit den Ereignissen der Reichsgeschichte in Zusammenhang zu bringen. C. Pfeuffer weist im Geleitwort zur damals erschienenen Festschrift darauf hin, daß zwar der Zeitpunkt der Erhebung Ettlingens zur Stadt völlig im Dunkeln liege, immerhin aber 1227 mit dem Ausbruch der Feindseligkeiten zwischen dem staufisken Kaiser Friedrich II. und dem Papst Gregor IX. ein neuer Zeitabschnitt der Stadtgeschichte begonnen habe<sup>4)</sup>. Gegen den Willen der Festschriftverfasser, noch bestärkt durch den Gedenkstein im Wathaldenpark, entwickelte sich daraus die Meinung, Ettlingen sei 1227 Stadt geworden. Heimat- und kunstgeschichtliche Darstellungen des Ettlinger Bezirks haben diese falsche Auffassung dann zum Druck und weiterer Verwurzelung gebracht<sup>5)</sup>. Es liegt aber kein Quellenzeugnis vor, das auch nur die Vermutung der Richtigkeit dieser Jahreszahl rechtfertigen würde.

Um die urkundlichen Lücken zu schließen sei hier der Versuch gemacht, mit Hilfe feststehender Daten aus der allgemeinen Geschichte in Verbindung mit den spärlichen urkundlichen Zeugnissen etwas Licht auf den Ettlinger Stadt-

gründungsvorgang zu werfen. Zum letzten Mal wird Ettlingen als villa, d. h. Dorf genannt in einem ungefähr von 1150 stammenden Klosterreichenbacher Schenkungsbuch. Damals erhielt das Kloster Grundstücke in Ettlingen geschenkt. Als civitas, d. h. Stadt treffen wir Ettlingen erstmals in einer Urkunde Kaiser Friedrichs II. vom November 1234, ausgestellt zu Aprocina in Italien für Markgraf Hermann V. von Baden<sup>6)</sup>. Die zwischen den beiden Zeugnissen klaffende Lücke von 80 Jahren kann durch Auswertung des Inhalts der Urkunde von 1234 wesentlich verengert werden. Die Kaiserurkunde nimmt Beziehung auf einen früher zwischen Friedrich II. und Hermann V. abgeschlossenen Tauschvertrag. Irmgard, Hermanns Gemahlin, Tochter Heinrichs von Braunschweig und Enkelin Heinrichs des Löwen, hatte in diesem Vertrag ihr Erbrecht an umfangreichen Gütern im Umkreis des nördlichen Harzes an die Staufer abgetreten. Als Gegenleistung gab Friedrich II. die Städte Lauffen a. N., Sinsheim und Eppingen dem Markgrafen als Pfand, die Stadt Durlach als Eigentum und die Stadt Ettlingen als Reichslehen. Außerdem mußte der Kaiser noch 2300 Mark Silber bezahlen. Die Urkunde von 1234 war nötig geworden, weil des Kaisers Stellvertreter in Deutschland, sein Sohn König Heinrich (VII.) dem Markgrafen widerrechtlich 1000 Mark von der Kaufsumme später wieder abverlangt hatte. Diese Erpressung erklärte Friedrich II. nun für ungültig. Könnten wir Anhaltspunkte für die Datierung der älteren Urkunde finden, so wüßten wir, wann Ettlingen badisch wurde und hätten zugleich einen früheren Zeitpunkt zu dem es schon Stadt war. Denn der Kaiser bestätigt 1234 ausdrücklich, daß er bei seinem vormaligen Aufenthalt in Deutschland dem Markgrafen „civitatem Eteningen“, die Stadt Ettlingen zu Lehen gegeben habe. Es wäre zweifellos in der Urkunde vermerkt, wenn Ettlingen erst in der Zeit zwischen der Ausstellung der beiden Urkunden Stadt geworden wäre.

Der Zeitpunkt von Ettlingens Übergang an Baden ist auch bereits ermittelt worden, und zwar auf Grund folgender Überlegung: Der in der Urkunde erwähnte frühere Aufenthalt Friedrichs II. in Deutschland fällt in die Jahre 1212 bis 1220, die der Staufer zur Niederwerfung des welfischen Gegenkönigs Otto IV. und zur Ordnung der deutschen Verhältnisse benutzte. Im August 1220 verließ er dann Deutschland und kehrte, durch die schweren Kämpfe mit den italienischen Städten und mit dem Papst wie durch die Führung des fünften Kreuzzugs festgehalten, erst im Frühjahr 1225 über die Alpen zurück. Unser Tauschvertrag kann spätestens also 1220 abgeschlossen sein. Dazu ist noch bekannt,

<sup>6)</sup> Das Schenkungsbuch liegt in der Stuttgarter Landesbibliothek, abgedruckt in Württemberg. Urkdn. Buch II, Anhg. S. 409; die Kaiserurkunde von 1234 liegt im Generallandesarchiv Karlsruhe, die angehängte Goldbulle ist leider verloren, abgedruckt in Württemberg. Urkdn. Buch III, 855; siehe auch Regesta Imperii, V, 2060 und Fester, Regesten d. Markgrfn. v. Baden u. Hachberg, I, 343; vgl. Krieger, Topograph. Wörterbuch d. Großhztms. Baden I, Sp. 552.

<sup>1)</sup> O. Gierke, Badische Stadtrechte usw., in Zeitschr. f. d. Gesch. d. Oberrh. 42, S. 129 ff.

<sup>2)</sup> Die Marktrechtsverleihung wird erschlossen aus einer Notiz im „liber possessionum“ des Kl. Weißenburg, abgedruckt in K. Zeus, Traditiones Wizenburgenses, 228. Da nun Otto der Große im Februar 950 in Weißenburg weilte, am 28. Febr. 950 eine wichtige Urkunde für den Abt ausstellte und seinen Besitz bestätigte, darf wohl angenommen werden, daß damals auch Ettlingen Marktort wurde. Vgl. Regesta Imperii, II, 184a, 185, Monumenta Germaniae, Diplomata Ottonis I., 121. B. Schwarz, Geschichte von Ettlingen, S. 9.

<sup>3)</sup> P. Kirn, Die Verdienste der staufisken Kaiser um das Deutsche Reich, Histor. Zeitschr. 164, S. 279.

<sup>4)</sup> Ettlingen einst und jetzt, eine Festgabe zum 700jährigen Stadtjubiläum, 1927, S. 4.

<sup>5)</sup> E. Splitz, Heimatkundl. Beiträge z. Amtsbez. Ettlingen, 1930, S. 30; Die Kunstdenkmäler Badens IX, Amt Ettlingen, bearb. v. Lacroix, Hirschfeld u. Paeseler, 1936, S. 21.

daß am 13. Juli 1210 Irmgards Vater, Heinrich von Braunschweig, nach des unterlegenen Gegenkaisers Otto IV. Tod Oberhaupt des Welfenhauses, auf einem Hoftag zu Goslar sich dem Staufer unterwarf. Eines der Mittel zur Versöhnung der beiden Geschlechter scheint unser Tauschgeschäft gewesen zu sein. Der Staufer vermehrte den wertvollen Reichsbesitz um Goslar und opferte, um zugleich den badischen Markgrafen an sich zu fesseln, Königsgut in unserer Gegend. Die Stadt Ettlingen wurde 1219 badisch<sup>7)</sup>. Das silberreiche Harzgebiet war dem Kaiser wohl wertvoller.

Nun wieder zur Frage nach dem Zeitpunkt der Stadtgründung selbst zurück! K. Weller glaubt, mit zunächst überzeugenden Gründen, Ettlingens Erhebung zur Stadt in die Zeit kurz vor 1219 verlegen zu sollen<sup>8)</sup>. Denn gerade während Friedrichs II. erstem Aufenthalt diesseits der Alpen vor 1220 wurden eine Reihe wichtiger schwäbischer Städte auf seinen Befehl gegründet. Nennen wir nur Schlettstadt, Kolmar, Wimpfen, Heilbronn, Eßlingen, Nördlingen, Kaufbeuren, Lindau, Wangen, Biberach a. d. R., Pfullendorf, Schaffhausen, Rheinfelden und Neuenburg a. Rh.<sup>9)</sup>. Auch das mit Ettlingen so lange verbundene Weißenburg scheint erst in dieser Zeit richtige Stadt geworden zu sein. Ganz befriedigt die Einordnung unserer Stadtgründung in diesen Zeitraum freilich nicht. Denn der Kaiser hätte dann eine, bei den damaligen bautechnischen Möglichkeiten, erst halbfer-tige Stadt aus der Hand gegeben, ohne aus ihr Nutzen zu ziehen. Freilich könnte sich dafür eine Erklärung anbieten.

Zunächst war nämlich nach Beendigung der Kämpfe mit Otto IV. (1215) dem Kaiser alles darauf angekommen, zwischen dem großen Block staufischen Besitzes in Inner- und Oberschwaben, Ostfranken und dem Egerland einerseits und dem staufischen Besitzkomplex in der Pfalz und im Elsaß andererseits eine Brücke zu schaffen. Der Raum hier zwischen Schwarzwald und Kraichgau bildete diese Brücke. Sie galt es durch Städte zu sichern. Alle übrigen Zugänge zum Oberrhein, etwa Kinzigtal, Wagensteige oder Hochrhein, sind in der Hand der großen schwäbischen Gegenspieler der Staufer, der Herzöge von Zähringen. Der Zähringerstaat rittlings des Schwarzwalds zwischen oberer Donau und Rhein reichte weit in das Schweizer Mittelland hinein<sup>10)</sup>. Aber 1218 starb das Zähringerhaus aus. Die Lage hatte sich plötzlich völlig verändert. Alle zähringischen Reichslehen nahm Friedrich II. in seine Hand zurück. Darunter sind Zürich, Solothurn, Bern, Schaffhausen, Rheinfelden, die die Verbindung Bodensee—Elsaß für die Staufer sichern. Aber auch Villingen, Rottweil und Offenburg zusammen mit Gengenbach und Haslach öffnen den Stauern einen neuen Zugang zum Elsaß, die Kinzigstraße<sup>11)</sup>. Daß der Staufer da auf unseren Raum nicht mehr so entscheidenden Wert legte, könnte man sich wohl denken. Demnach wäre die Stadtgründung in die Jahre zwischen 1215 und 1218 zu verlegen.

Und doch kann man eben aus der Urkunde von 1234, aus der wir schon so viele Schlüsse ziehen konnten, Fingerzeige entnehmen, die auf einen früheren Gründungszeitpunkt weisen. Zwei der dort zusammen mit unserer Stadt genannten Städte, Durlach und Eppingen kommen schon als Städte in Quellen vor, die in eine frühere Zeit zurückreichen. Im Zusammenhang mit einem trüben Geschehnis hören

<sup>7)</sup> Diese Ergebnisse nach Fester a. a. O., sowie A. Krieger, Badische Geschichte (Sammlg. Götschen 230), S. 34 und Fr. Schneider in „Karlsruher Heimat- und Wanderbuch“, S. 91.

<sup>8)</sup> K. Weller, Die staufische Städtegründung in Schwaben, Württ. Vierteljahrshfte f. Landesgesch. 36, S. 202. In seiner Württ. Besiedlungsgeschichte III, S. 309, nimmt Weller an, Ettlingen sei im Zusammenhang mit dem Übergang des Besitzes der Grafen von Lauffen an die Staufer 1212 Stadt geworden. Das ist reine Vermutung. Vgl. das Verzeichnis des Lauffen'schen Besitzes bei C. Stälin, Württemb. Gesch. II, S. 415 ff.

<sup>9)</sup> Weller, Städtegründung, S. 203 ff.; H. Fein, Die staufischen Städtegründungen im Elsaß, 1939, S. 18 ff.

<sup>10)</sup> Th. Mayer, Der Staat der Herzöge von Zähringen, 1935; derselbe, Die Zähringer und Freiburg im Breisgau, Schau-insland, 65/66, S. 133 ff.

<sup>11)</sup> Zur Gesamtlage am Oberrhein in der Stauferzeit vgl. Th. Mayer, Die historisch-politischen Kräfte im Oberrheingebiet im Mittelalter, Zeitschr. f. d. Gesch. d. Oberrh. 91, S. 16 ff.; K. Weller, Städtegründung, S. 201 ff.

wir von der Stadt Durlach. 1196 wurde dort auf dem Weg zu einem Feldzug gegen die Zähringer der staufische Herzog von Schwaben, Bruder Heinrichs VI., ermordet; nach einem anderen Bericht kam er einfach ums Leben. Gewiß stammt die entscheidende Notiz aus der Feder des etwa 1229 schreibenden Propstes Burchard von Ursberg an der Mindel. Der ostschwäbische Mönch arbeitete aber nach älteren Vorlagen. Bei der räumlichen Entfernung dürfte er wohl kaum ein Interesse daran gehabt haben, eine später als 1196 erfolgte Stadterhebung nachträglich in seinem Text zu berücksichtigen. Durlach war also 1196 schon Stadt. Für Eppingen läßt sich die Bezeichnung als feste Stadt schon 1188 nachweisen<sup>12)</sup>. Beide Städte liegen an der oben schon genannten „Brücke“ zwischen Neckarland und Elsaß. Eine Reichsstraße von Wimpfen über Eppingen zog gegen das Rheintal zu. Über Durlach—Ettlingen—Selz—Hagenau fand sie ihre natürliche Fortsetzung. Es liegt nahe, auch dem dritten Ort an dieser wichtigen Verkehrs- und Heerstraße, Ettlingen, Stadtcharakter um dieselbe Zeit, also zu Ende des 12. Jahrhunderts zuzubilligen. Deshalb wird von F. A. Bran auch die Stadterhebung Ettlingens um 1190 vermutet<sup>13)</sup>. Und in der Tat ließe sich das mit gewissen politischen Vorgängen der Zeit in unserem weiteren Raum wohl in Verbindung bringen. Mit der Erhebung von Hagenau zur Stadt durch Kaiser Friedrich I. (Barbarossa) im Jahr 1164 beginnt am Oberrhein eine Stadtgründungsepoche. Da Hagenau die staufische Hauptstadt des Oberrheingebiets wurde, wuchs die Bedeutung der Ost-West-Verbindungen in Südwestdeutschland. Wenn auch die linksrheinischen Verkehrswege wichtiger waren, so wuchs die Bedeutung von Ettlingen. Der Verkehrsweg über den Rhein trennte sich hier von dem alten, der Vorbergzone folgenden Nord-Süd-Weg, der „Baslerstraße“. Rastatt, wo heute die Straße nach Selz abzweigt, war damals ein kleines Dorf und infolge seiner Lage inmitten der Murgniederung für Anlage größerer Siedlungen noch nicht geeignet. Ungefähr muß der Verkehrsweg Ettlingen—Hagenau wohl der alten Römerstraße durch den Hardtwald gefolgt sein. Es war Barbarossas Sohn, Heinrich VI., der hier am Oberrhein die Sicherung der staufischen Stellung übernahm. Mit der Begründung von Breisach als Stadt (1185) sehen wir seine Tätigkeit noch zu Lebzeiten des Vaters einsetzen. Diese Stadt sollte die Südflanke gegen die Zähringer schützen, die sich damals auf dem Höhepunkt ihrer Macht befanden. Im Raum von Offenburg stießen zähringische und staufische Interessen bereits zusammen<sup>14)</sup>. So wird man die Stadtgründungen in Eppingen und Durlach gleichfalls im Zusammenhang mit der Stützung der oberrheinischen Stellung der Staufer gegen die Zähringer sehen dürfen. Und da wird es nicht ganz abwegig sein, Ettlingens Ummauerung und Erhebung zur Stadt in denselben Zusammenhang einzuordnen. Heinrich VI. war nun von 1185 bis 1189, dem Jahr als er nach Italien zog, in unserem Raum tätig. Man wird also die Erhebung Ettlingens zur Stadt unter Heinrich VI. zwischen 1185 und 1189 annehmen können<sup>15)</sup>.

Der Tod Barbarossas im heiligen Land (1190) beanspruchte dann Heinrich VI. mit anderen Plänen, da er als Kaiser nun die Entscheidungen in Italien ins Auge fassen mußte. Der mit dem Tod dieses Kaisers einsetzende staufisch-welfische Thronstreit in Deutschland brachte ein Erlahmen der staufischen Stadtgründungstätigkeit. Die Wiederherstellung der Kaisermacht durch Friedrich II. konnte doch nicht ver-

<sup>12)</sup> Durlach als „oppidum“ in Burchardi Urspergensis prepositis chronicon, ed. Holder-Egger u. von Simson, 2. Aufl., S. 74, Z. 6 ff. Vgl. die Anmerkungen der Herausgeber, Einl. S. XI ff.; Weller, Württ. Bes. Gesch. III, S. 308 vermutet Gründung Durlachs durch des Kaisers Halbbruder Pfalzgraf Konrad ohne Begründung; Eppingen als „burgum“ im Vertrag Barbarossas mit Alfons I. v. Kastilien als Mitgift seines Sohnes Konrad genannt, Wirt. Urkdnb. II, 457.

<sup>13)</sup> Bran, Ettlingen und der Albgau im Wandel der Geschichte, 1951, S. 6.

<sup>14)</sup> O. Käni im Alemannischen Jahrbuch I, 1953, S. 223 ff.

<sup>15)</sup> Über Hagenau: H. Fein a. a. O. S. 13, über Breisach: Weller, Städtegründg., S. 180 ff., über Offenburg: ebenda S. 227 f., über die Straßen: Weller, Die Reichsstraßen im heutigen Württemberg, Württ. Vjh. f. Landesg. 33, S. 1 ff.

hindern, daß die Staufer, zur Gewinnung einer Gefolgschaft, Reichsgut vergaben. Nachdem sie an anderen Stellen eine beherrschende Stellung errungen hatten, glaubten sie dem Markgrafen von Baden eine kleine Entschädigung dafür geben zu müssen, daß er beim Aussterben der verwandten Herzöge von Zähringen leer ausgegangen war. Und da konnte Friedrich II. unsere fünf Städte um so eher weggeben, als er dafür die niedersächsischen Güter der Markgräfin einhandeln konnte, die für den Markgrafen doch zu weit entfernt waren. So wurde die angehende Reichsstadt Ettlingen 1219 badische Landstadt.

Wir sehen am Beispiel unserer Stadt, wie die kleinsten ortsgeschichtlichen Ereignisse mit der Reichs- und Weltgeschichte zusammenhängen. Die Eigenschaft Ettlins als Reichslehen ist ja im Lauf der Zeit dann auch verloren gegangen. Denn mit dem Untergang des stauferischen Kaisertums begannen in der „kaiserlosen, der schrecklichen Zeit“ (1254—1273) die Landesherren sich die Reichslehen anzueignen. Und trotz energischer Bemühungen gelang es nach die-

ser Zeit dem neuen König, Rudolf von Habsburg, nicht mehr, alles Verlorene zurückzugewinnen.

Nicht die großen Gedanken stauferischer Reichs- und Weltpolitik, sondern die eng begrenzten Ziele badischer Landespolitik bestimmten fortan die Geschicke Ettlins. Die von Natur gegenüber den Nachbarstädten begünstigte Lage konnte in diesem engen Rahmen unserer Stadt nie mehr zu größerer Bedeutung verhelfen.

#### Schlußbemerkung:

Der vorliegende Versuch ist lediglich eine Zusammenschau von Forschungsergebnissen im Hinblick auf unsere Stadtgeschichte. Erst eine gründliche Durchforschung der klosterweißenburgischen Urkunden, besonders Klärung der Vogteirechte im einzelnen kann erweisen, wie Ettlingen aus weißenburgischem Besitz in die Hand der Staufer geriet. Mit H. Hirsch, Die Klosterimmunität im Investiturstreit, 1913, wird man in der Zeit nach 1100 den Besitzwechsel suchen müssen. Die Rechte der Herren von Schüpf am Ettlinger Schultheißenamt könnten wohl auch Anlaß einer näheren Untersuchung werden.

## Ettlinger Mädchenschule im Wandel der Zeit

Von Rektor Franz Riede † Ferdinand

### II.

Mit dem Einzug ins neue Heim begannen für die Mädchenschule die längst erstrebten günstigeren Verhältnisse, allerdings nur in einer Vermehrung der Lehrkräfte. Doch bald zeigte sich, daß die Hoffnung auch in dieser Hinsicht eine trügerische gewesen war. Die Zunahme der Schülerzahl auf mehr als 600 brachte bald wieder die altbeklagten Zustände, überfüllte Klassen. Von einer Erweiterung der Unterrichtszeit war nicht zu reden. Eine gleichartige Entwicklung der Knabenschule und die Ausweitung der Realschule in eine siebenklassige Anstalt brachten für die Mädchenschule die neuauftretende drückende Sorge der Raumnot, da diese beiden Anstalten ihre diesbezüglichen Bedürfnisse auf Kosten ihrer Schwestern befriedigten. Es hatten diejenigen richtig vorausgesehen, die bei Erbauung des Hauses Zweifel äußerten, ob mit Erstellung der Mädchenschule den Bedürfnissen an Schulraum Genüge geleistet sei, wenn sie das Eintreffen ihrer Befürchtung auch nicht so rasch erwarteten.

Wie bei anderer Gelegenheit bemerkt, brachte der Übergang des Schlosses in den Besitz der Stadt und der unmittelbar darauf ausbrechende Weltkrieg eine völlige Änderung der Lage für die Mädchenschule, aber keineswegs eine erfreuliche; denn die völlige Verbannung aus ihrem trauten Heim war in bedrohlicher Nähe gerückt. Erst als die neue Kaserne hilfreich der Raumnot zur Seite stand, schlug für die Mädchenschule die Stunde der Erlösung. Was die Schule in der Zwischenzeit alles über sich ergehen lassen mußte, um bei verminderter Lehrerschaft und der Einschränkung des unbedingt erforderlichen Raumes einen noch einigermaßen zu verantwortenden Schulbetrieb aufrecht zu erhalten, das vermag der Außenstehende kaum zu beurteilen. Die Vielheit außerschulischer Inanspruchnahme der Lehrer und Schüler in der Kriegszeit sei nur nebenbei bemerkt.

Der Herbst 1922 schuf endlich eine neue Lage. Hand in Hand mit der Besitzergreifung des Schulhauses erfolgte die Vermehrung der Lehrerstellen auf 15 und nun konnte endlich eine Erweiterung der Unterrichtszeit vorgenommen und derjenigen der Knabenschule angepaßt werden, bei gleichzeitiger Ermäßigung der Klassenstärke. Mit der Schulpflicht der Kriegsjahrgänge trat eine fühlbare Abnahme der Gesamtschülerzahl ein, da die Entlassjahrgänge bedeutend stärker waren als die der Neueintretenden. Sie fiel auf 500, um erst 1929 wieder nennenswert anzusteigen. Dadurch war ein Zustand eingetreten, der eine gesetzlich begründete Herabsetzung der Lehrerschaft auf 12 zuließ. Doch spielte hierbei die wirtschaftliche Not von Staat und Gemeinde die größere Rolle. Ein Rückschrauben der Unterrichtszeit annähernd der Vorkriegszeit war damit zwangsläufig verbunden, eine Maßregel um so beklagenswerter, als damals wie heute eine gute schulische Ausbildung im wirtschaftlichen Kampf eine entscheidende Rolle spielte.

Das dritte Jahrzehnt unseres Jahrhunderts hatte begonnen, ohne wesentliche Änderungen zu bringen. Wohl machten sich auch auf schulischem Gebiet Anzeichen des bevorstehenden Umbruchs in der staatlichen Leitung schon bemerkbar, um dann 1933 unaufhaltsam weiter zu schreiten, bis der gesamte Betrieb mit dem Wechsel in der Leitung schließlich dem Zeitgeist entsprechend, dem Machtgebot sich fügend, sich gestaltete. Der Schulbetrieb mußte notgedrungen viel kostbare Zeit auf Dinge verwenden, die mehr den Parteiinteressen zugute kamen, als den bislang geltenden Aufgaben der Schule. An diesen wurde so weit immer möglich an der Mädchenschule zähe festgehalten und so ein bedauerlicher Rückgang des Kenntnisstandes tunlichst unterbunden.

Mit dem Ausbruch des zweiten Weltkrieges jedoch erging es der Mädchenschule genau wie der Knabenschule. Die vielfachen Störungen, anderweitige Verwendung der Schulräume, Fliegeralarm, Bombenangriffsgefahr und vieles andere was mit dem Kriegszustand in Verbindung stand, machte einen regelrechten Betrieb mit der Zeit immer weniger möglich. Nach dem Einfall der feindlichen Truppen und der Besetzung der Stadt hörte der Unterricht für zehn Monate überhaupt auf. Das Schulhaus hatte eine andere Belegung erhalten, erst Militär, dann Evakuierte. Im Oktober 1945 wurde der Unterricht auf Anordnung der Besatzungsmacht wieder aufgenommen, jedoch nicht im eigenen Heim. Räume im ehemaligen Seminar, später in der Knabenschule wurde zugewiesen und machten wenigstens einen Teilbetrieb möglich. Erst nachdem die Unterbringung der das Schulhaus bewohnenden Ostvertriebenen anderweitig gelang, konnte die Schule von ihrem Hause wieder Besitz ergreifen, das allerdings mit dem ehemaligen freundlichen Heim wenig Ähnlichkeit zeigte. Überall waren die traurigen Spuren des Krieges bemerkbar und es wird der Stadtgemeinde mehr als vielleicht angenehm Gelegenheit gegeben sein, ihre Sorge für die Schule erneut unter Beweis zu stellen.

#### Handarbeitsunterricht

Aus einem Bericht des Großh. Dekanats Ettlingen an das Bezirksamt vom 3. Oktober 1824 ist erstmals von der Einrichtung einer Näh- und Strickschule die Rede. Es bestand die Absicht, diese mit der bereits bestehenden Strickschule zu verbinden und beide Schulen einer Lehrerin anzuvertrauen. Eine Pflicht, den Unterricht zu besuchen, war vom 9. Lebensjahr ab vorgesehen, während der Besuch durch die jüngeren Jahrgänge freigestellt war, bzw. dem Ermessen der Lehrerin anheimgestellt blieb. Das erforderliche Material sollte für Bedürftige aus bereitgestellten Mitteln beschafft werden, wogegen der Erlös der von diesen gefertigten Arbeiten an die Stadtkasse abzuführen war. Näh- und Strickschule sollten in Verbindung mit der Normalschule gebracht und damit unter staatliche Aufsicht gestellt werden.

Die Forderung der Schulpflicht scheint aber damals noch nicht so recht ins Bewußtsein der Eltern gedrungen zu sein. Nur so erklärt es sich die seitens des Dekanats den Lehrerinnen auferlegte strenge Pflicht, Säumige unnachsichtlich zur Anzeige zu bringen, damit das Bezirksamt sie in Strafe lege. Ein weiterer Bericht des Bezirksamts legt den Gemeinden nahe, auch ärmere Knaben, die im elterlichen Hause keine Beschäftigung haben, im Stricken unterrichten zu lassen.

In einer Anordnung vom 13. November 1833 werden die Gemeindeverwaltungen aufgefordert, bedürftige, brave, lernbegierige Mädchen zu veranlassen, den Unterricht im Spinnen zu besuchen. Tunlichste Unterstützung der Bereitwilligen wird den Gemeinden angelegentlich empfohlen. Der Erfolg blieb scheinbar aus, wie überhaupt der Handarbeitsunterricht in Elternkreisen keinem großen Verständnis begegnete. Doch die Regierung des Mittelrheinkreises gab nicht nach. Am 3. April 1839 ordnete sie an, daß die Industriehlehrerin Barbara Baitsch der obersten Klasse der Elementarschule wöchentlich 5 Stunden Unterricht in Flickern, Stopfen und Nähen zu erteilen habe und zwar das ganze Jahr über. Schon zwei Jahre vorher stellte das Bezirksamt fest, daß die Industrieschule eine zweckmäßigere Einrichtung bedürfe. Um den bemängelten Unterricht der Oberklasse zu bessern, wurde vorgeschlagen, den Unterricht der Strickschule die von 238 Kindern besucht wurde, zu beschneiden und zwar in der Weise, daß man den Unterricht der noch nicht Pflchtigen in Wegfall kommen ließ. Eine Kommission von 22 Frauen wurde beauftragt, durch regelmäßigen Besuch der Unterrichtsstunden die Lehrerin tatkräftig zu unterstützen.

Nach einem vom Januar 1856 vorhandenen Verzeichnis waren als Lehrerinnen tätig Nanette Herrmann und Franziska Kunz. Die erstere unterrichtete die I. und II. Klasse mit je 80 bis 90 Kindern, vornehmlich im Stricken, die letztere die III. Klasse mit derselben Kinderzahl abteilungsweise im Nähen; außerdem erteilte sie im Winter etwa 20 bis 30 schulentlassenen Mädchen Unterricht im Nähen. Zu gleicher Zeit erließ die Großh. Kath. Bezirksschulvisitatur eine Schulordnung für die Handarbeitsschule, unterzeichnet von Direktor Bodenmüller. Bürgermeister Speck sandte an die Vorsteherin der Kommission, Frau Amtmann Stein, ein Schreiben, in welchem er ihr und den übrigen Mitgliedern Dank und hohe Anerkennung für ihre Tätigkeit zur Förderung der Industrieschule ausspricht. Am 19. Oktober 1860 bat die Lehrerin Herrmann, die 51 Jahre gewissenhaft ihren Dienst versehen, um ihre Entlassung. Die Neubesetzung der Stelle führte zu Auseinandersetzungen mit der Stiftungsverwaltung wegen Rückgabe einer Summe von 1330 fl., die der Industriefond s. Z. dem Pfründenfond zugeteilt hatte.

Von der Absicht, die gesamte Industrieschule einer Lehrerin zu übertragen, war man im wohlverstandenen Interesse der weiblichen Jugend abgerückt. Dagegen sollte die erste Stelle mit einer Lehrerin mit höherer Schulbildung besetzt werden, weshalb die Bereitstellung eines jährlichen Gehalts von 300 fl. vom Bürgerausschuß angefordert wurde. Die von Bürgermeister Speck vorgetragene Begründung zeigt nicht nur dessen hohes Verständnis für die Sache, sondern auch sein erfreuliches Wohlwollen der Schule gegenüber. Wörtlich führte er aus: „Die Wichtigkeit der beantragten Forderung bedarf eigentlich keiner weiteren Begründung, wenn man ins Auge faßt, wie notwendig es für die weibliche Jugend ist, daß sie schon im zarten Kindesalter zur Tätigkeit angehalten und für weibliche Arbeiten geschickt gemacht wird. Alles, was im reiferen Alter mit Erfolg betrieben werden soll, muß in der Jugend angeeignet und eingewöhnt werden. Neben dem Geschick für weibliche Arbeiten ist es von Wichtigkeit, daß der Sinn für Ordnung und Reinlichkeit und anständiges Betragen damit in Verbindung gebracht wird, was aber nur erreicht werden kann, wenn die Lehrerin, welche der Schule vorsteht, selbst eine mehr als gewöhnliche Bildung genossen hat und sich ihrer Aufgabe bewußt ist und die nötige Fähigkeit besitzt. Was man nicht selbst besitzt, kann man anderen nicht geben. Wir müssen der weiblichen Jugend Gelegenheit geben, sie auf die Höhe zu bringen, wie Schiller die Frauen besingt mit den Worten: Sie herrschet weise im häuslichen

Kreise und regt ohne Ende die fleißigen Hände.“

Der Antrag fand einstimmige Annahme. Die Stelle wurde der Lehrerin Lina Grischele am 1. November 1861 übertragen. Gleichzeitig wurde die Lehrerin Kunz entlassen und an ihre Stelle trat Luise Wagner.

Des Bürgermeisters Sorge für die Ausbildung der weiblichen Jugend erstreckte sich auch auf die Schulentlassenen. Der spärliche Besuch des Handarbeitsunterrichts seitens dieser Altersklasse schrieb der katholische Pfarrer Bender auf Anfrage vielfach der Abneigung bessergestellter Mädchen zu, mit Fabrikarbeiterinnen zusammen auf derselben Bank zu sitzen. Außer der unpraktisch gelegenen Unterrichtszeit scheint eine gewisse Abneigung gegen die Lehrerin der hauptsächlichste Grund gewesen zu sein. Doch führten die zunehmenden Klagen dazu, daß der Lehrerin Grischele die Stelle gekündigt wurde. An ihre Stelle trat am 3. November 1863 Amalie Leist, Tochter des Oberlehrers in Walbstadt. Laut einer Bekanntmachung des Ortsschulrats, als dessen Vorsitzender Seminaroberlehrer Schach zeichnete, war ab Ostern 1867 der Besuch der Industrieschule für die Werktagsschülerinnen gesetzlich vorgeschrieben. Versäumnisse wurden mit 6 Kreuzer Strafe geahndet. Eine konfessionelle Trennung der Schülerinnen war nicht vorgesehen. Über das weitere Schicksale der Schule ist den vorhandenen Unterlagen bis 1910 nichts zu entnehmen. Nur eines steht fest: Als Lehrerinnen wirkten an der Schule seit 1873 Florentine Heinz und seit 1893 Hermine Höll.

Die räumlichen Schwierigkeiten zur Jahrhundertwende machten sich auch in der Erteilung des Handarbeitsunterrichts bemerkbar. Nur den mittleren und oberen Klassen wurde der Unterricht zuteil und zwar in 2 Wochenstunden; nach Einzug ins neue Schulhaus war eine Erweiterung auf 4 Wochenstunden und Ausdehnung auf die II. und III. Klasse möglich. Ab 1920 wurde das I. Schuljahr mit einbezogen, aber nur mit einer Wochenstunde und gleichzeitiger Kürzung auf 2 Stunden für das II. und III. Schuljahr. Die Klassenstärke wurde auf 40 festgesetzt und als ausführende Lehrkraft die Haushaltlehrerin Melanie Vogt beigezogen. Mit Einführung des Turnunterrichts im Jahre 1920 fiel für die fünf oberen Schuljahre eine Kürzung der Unterrichtszeit von 4 auf 3 Stunden nötig. Die lehrplanmäßig vorgesehene Stundenzahl blieb aber unberührt, da der Unterricht schon in der I. Klasse einsetzte, obwohl er erst von der IV. Klasse an geboten war.

In den Kriegsjahren 1914—1918 entfaltete die Schule eine rege Tätigkeit. Im ersten Kriegsjahr stellten fleißige Kinderhände 1000 Paar Socken, 300 Paar Staucher her; außerdem eine schöne Anzahl Kniewärmer, Handschuhe, Mützen, Ohrenschrützer und Leibbinden.

Am 19. Mai 1915 schied nach 42jähriger Wirksamkeit Florentine Heinz aus dem Dienst. An ihre Stelle trat Berta Witz, die aber schon 1918 starb und Maria Kieser als Nachfolgerin erhielt. Als diese 1922 aus dem Schuldienst austrat, leistete die Kandidatin Gertrud Glasstetter Aushilfe bis zur endgültigen Besetzung der Stelle durch Mathilde Knoll, bisher in Knielingen.

Als im Juli 1928 die Arbeitslehrerin Höll zur Inspektorin befördert wurde, konnte sie ihre Tätigkeit an der Schule nicht mehr im bisherigen Umfange ausüben. Es wurde der Schule als weitere Lehrkraft Hildegard Greß zugewiesen, die aber nach fünf Jahren anderweitige Verwendung fand und als Nachfolgerin Maria Burst erhielt. Diese tauschte 1936 ihre Stelle mit der Arbeitslehrerin Johanna Naber in Mannheim.

Die Jahre bis zum Kriegsausbruch brachten im Unterrichtsbetrieb keine wesentlichen Änderungen. Wenn solche nötig fielen, lag der Grund im Mangel an Raum und in der Zeit der Bezugscheine an dem fühlbaren Mangel an Material. Das ungewöhnliche Anwachsen der Schülerzahl nach Kriegsende bedingte eine Vermehrung der Lehrkräfte, so daß jetzt für den Handarbeitsunterricht 4 Lehrerinnen zur Verfügung stehen, für die allerdings nur 2 Lehrsäle voll bereit stehen; darin liegt der Grund, daß manche Unterrichtsstunden nicht besonders günstig gelegt werden müssen, zum Bedauern der Schule, die den Verhältnissen machtlos gegenübersteht.